

Veranstaltung der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

PKIX 122

Bonn, den 1. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

S. PD-Archiv

Seiten:

2 Seite 11

Zeilen:

Keine Minute zu früh

Wie steht es mit dem "Europäischen Jugendwerk" ?

Von Waldemar Ritter

Paris und Bonn

75

Zum Bonner Besuch de Gaulles

Der Versuch mißlingt

53

Chruschtschow wollte einen Keil zwischen die
Bundesrepublik und Skandinavien treiben

Ein universelles Projekt

45

Die Sowjetunion interessiert sich für ein
internationales Nachrichtensystem künstlicher Satelliten

Von Pierre Simonitch, Genf

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Keine Minute zu früh

Wie steht es mit dem "Europäischen Jugendwerk" ?

Von Waldemar Ritter

Wenn Frankreichs Staatspräsident de Gaulle am Freitag nach Bonn kommt, wird es sicher eine Reihe von Fragen geben, die zwischen Deutschland und Frankreich gelöst werden müssen. Eine nicht unwichtige Frage wird seit langem von der jungen Generation in Deutschland, Frankreich und in Europa gestellt: Die Frage nach der Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes.

Vor einem halben Jahr haben alle Fraktionen im Deutschen Bundestag dem von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag für ein "Europäisches Jugendwerk" zugestimmt. Alle Fraktionen stimmten auch mit der SPD darin überein, die Gründung dieses Jugendwerkes zu anzustreben, daß bei entsprechenden Verhandlungen auf multilateraler Basis die Gestaltung und Finanzierungsweise des "Deutsch-französischen Jugendwerkes" zugrunde gelegt werden soll. Und alle Fraktionen stimmten der SPD zu, daß die europäischen Regierungen, nach Größe und Finanzkraft gestaffelt, jährlich einen nennenswerten Betrag in einem gemeinsamen Fonds geben sollten, der vor allem dem Zweck dienen muß, den Austausch und die Zusammenarbeit der jungen Generation in Europa zu fördern, so wie sie im Interesse der europäischen Integration zu wünschen ist.

Das Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sich das Deutsch-französische Jugendwerk (je 20 Millionen DM jährlich) kosten lassen, ist zweifellos ein verdienstvolles Werk und dient der Freundschaft zwischen den jungen Menschen dieser beiden Länder. Daß diese Summe für die Bundesrepublik ein Mehraufwand dessen ist, was bislang für den internationalen Jugendaustausch getan wurde und getan wird, wenn für das letzte Jahr als Schenkungsleistung betrachtet werden kann, wenn wir in aller nächster Zeit das Europäische Jugendwerk bekommen.

Wenn Bundeskanzler Erhard bei seinen Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle in Richtung europäischer Einheit ernst machen will, und wenn er die Bemühungen der jungen Generation in Europa nicht auf die leichte Schulter nehmen will, dann sollte er seinen Gesprächspartnern darauf hinweisen, daß die Aussöhnung zwischen dem Deutschen und dem Französischen Volk ein Schritt nach vorne ist, aber daß dieser Schritt weder für die Französischen noch für die deutsche Jugend genug sein kann. Wir haben eine besondere Verpflichtung, ein Europäisches Jugendwerk zu schaffen. Gerade weil Frankreich und Deutschland so lange nicht ausgesöhnt waren, konnten unsere Väter den Weg dazu nicht finden. Jetzt ist er da und jetzt sollten wir ihn mutig beschreiten.

Wer mit der Bejahung des Europäischen Jugendwerkes mitteilt, die Sarepta-Aufgabe Europa einen großen Schritt nach vorn zu bringen, der findet nicht nur die gesamte deutsche Jugend an seiner Seite; er kann auch davon ausgehen, daß die europäische Jugend voll Ungeduld die Einheit Europas will. Es ist, gerade wenn wir die internationale Jugendpolitik betrachten, keine Minute zu früh, Entschlossen zu tun. Die Schaffung des Europäischen Jugendwerkes würde, auf lange Sicht gesehen, nicht nur eine wichtige Entscheidung zugunsten einer praktischen Europapolitik bedeuten, sie würde auch zeigen, welche Kraft und welches Können diese der Demokratie verpflichtete Generation entfalten kann, wenn sie die Minimalvoraussetzungen dafür bekommt.

1. Juli 1964

Paris und Bonn

Zum Bonner Besuch de Gaulles

op - Der französische Staatspräsident de Gaulle kommt diesmal zu einem Zweitagebesuch fest mit seinem ganzen Kabinett nach Bonn. Schon allein daraus geht hervor, welche große Bedeutung der französische Staatschef dieser Begegnung mit seinem deutschen Partner zuschreibt. De Gaulle hat in den letzten Monaten und Wochen eine ungewöhnlich starke Aktivität entfaltet; er empfing indonesische Politiker, ein Pariser Besuch des Ministerpräsidenten von Rumänien steht auf dem Programm. Denkt de Gaulle an eine Wiederbelebung des einstmalig beherrschenden französischen Einflusses in diesem Land? De Gaulle verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung in den Ostblockländern, und hier teilt er die Auffassung der Vereinigten Staaten, daß hier zukunftsreiche Möglichkeiten im Sinne einer weiteren Auflockerung liegen. Er denkt dabei an die Gewährung von langfristigen Krediten, um den Trend zur weiteren Ver selbständigung dieser Länder zu stärken.

Deutsch-französische Konsultationen, zum Sinn und Geist des deutsch-französischen Abkommens entsprechend, haben sich inzwischen eingespielt, sie gehören zum festen Bestandteil deutsch-französischer Politik was freilich nicht heißt, daß auch in allen, beide Länder betreffenden Fragen nach gemeinsame Antworten ergeben. Das Maß von Nichtübereinstimmung ist oft groß, was freilich die Freundschaft zwischen beiden Völkern nicht beeinträchtigen kann. Die Bundesrepublik mußte de Gaulles hartes NEIN zum Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), zur Kenntnis nehmen, aber sie wird sich nicht damit abfinden. Das entspricht elementaren Lebensinteressen. Die dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesetzte Präambel verpflichtet die Bundesregierung, alles zu unterlassen, was sich hinderlich für die Weiterentwicklung Europas zur Einheit hin auswirkt und was den Römischen Verträgen widerspricht. Dazu gehört auch, die Tür zur EWG für beitragswillige Staaten offenzuhalten, die Zusammenarbeit innerhalb der NATO zu verstärken und als Endziel die Erprobung eines Partnerschaftsverhältnisses zu den Vereinigten Staaten.

Heute ist viel Sand in Getriebe des europäischen Einigungswerkes. Die europäische Integration kam ins Stocken, zunehmende Schwierigkeiten politischer und psychologischer Art verdunkeln die Aussichten. Die Europäische Initiative des deutschen Bundeskanzlers, in seiner Regierungserklä-

zung vom Oktober vorigen Jahres mit großer Getöse angekündigt, verlief im Sande. Er hat sich dabei übernommen. Stats befand er sich, liest man die Kommuniqués darüber nach, in voller Übereinstimmung mit den jeweiligen Gesprächspartnern. Ein etwas kümmerlicher Trost, der die darauffolgende Enttäuschung nicht zu verdecken vermochte.

Der alte Gedanke, die politische Union Europas, was darunter auch immer zu verstehen sein mag, durch eine Zweiteunion Frankreich-Bundesrepublik Deutschland, möglicherweise mit Luxemburg als Drittland zu ersetzen, hat zuviel Zerstörungskraft, um in Wirklichkeit umgesetzt zu werden. Dieser Gedanke besitzt zwar viele und einflußreiche Anhänger innerhalb der Unionsparteien, aber auch ebenso entschiedene sich an der Prämisse zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag orientierende Gegner. Die übrigen EWG-Staaten befürchten, würde der Weg zu einem deutsch-französischen Sonderbund beschritten, ein deutsch-französisches Übergewicht, das den EWG-Rahmen sprengen könnte. Der Gedanke der europäischen Einheit, ohnehin durch die Entwicklung in den letzten zwei Jahren stark strapaziert, könnte tödlichen Schaden nehmen. Jede deutsche Regierung muß sich einem solchen vorläufigen Weg verschließen.

Die erwartete Schwungkraft des europäischen Gedankens blieb nicht ohne beklemmende Auswirkungen auf das Gefüge der NATO. Es wird viel von einer Reorganisation gesprochen. Welche Ziele soll sie sich stecken? Das Frankreich de Gaulles denkt nicht an eine Mitbeteiligung an der multilateralen Atomkraft (M.L.F.), es sieht darin eine Verletzung seines nationalen Stolz. Die Bundesregierung dagegen sieht in einer Mitbeteiligung eine wirksame Geltendmachung europäischen Einflusses auf die strategischen Entscheidungen der Vereinigten Staaten. Wie ist bei solcher verschiedener Haltung und Bewertung ein Rückenschlag zu finden?

Die Außenpolitik de Gaulles läuft den Interessen der Vereinigten Staaten zuwider. Die von ihm erstrebte Neutralisierung der Staaten Indochinas halten die USA im gegenwärtigen Zeitpunkt für ein Unglück. Für eine Erneuerung chinesischer Aggressivitäten. Die Bundesregierung kann kein Interesse daran haben, in diesen amerikanischen-französischen Gegensatz hineingezogen zu werden. Erhard bezog während seines letzten Washingtonbesuchs die Position der Amerikaner. Wird de Gaulle versuchen, ihn in andererweiser Sinne zu beeinflussen?

In Gefolge des französischen Staatspräsidenten befinden sich viele Wirtschaftsexperten. Es wäre schon viel gewonnen, würden sich beide Regierungen, natürlich im Einklang mit den anderen Regierungen der EWG-Staaten, über wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der schleichenden Inflation einigen. Sie ist ein Übel, das andere Übel gebären muß. Mit spürbarer Geldentwertung wird der Weg nach Europa hin noch beschwerlicher, als er schon ist.

Der Versuch mißlingt

Chruschtschow wollte einen Keil zwischen die
Bundesrepublik und Skandinavien treiben

St. - Nikita Chruschtschow hat Stockholm verlassen und ist nach Oslo, seiner dritten Station auf seiner Skandinavien-Reise. Über die Ostsee weitergefahren. Er hat, wie auch zuvor in Dänemark, an schwedische Werften Schiffbauaufträge vergeben und sogar einen großen Reparaturauftrag untergebracht. Sein Interesse galt auch der in Schweden hochentwickelten Landwirtschaft; es wurde wiederum deutlich, welche Anstrengungen die Sowjetunion noch zu machen hat, um endlich zu einer modernen Agrarwirtschaft zu kommen.

Das hervorstechende Merkmal der Skandinavien-Reise ist aber nicht eine gewisse Ausdehnung des sich bislang in engen Grenzen bewegenden Handels mit Sowjetrußland. Es ist der Klugheit der skandinavischen Staatsmänner zu verdanken - allen voran des dänischen Ministerpräsidenten Krag, des schwedischen Staatsministers Erlander und in dieser Woche auch des norwegischen Staatsministers Bokharøsen - daß der russische Partei- und Regierungschef keinen Keil zwischen die Bundesrepublik und Skandinavien zu treiben vermochte. Hinter verschlossenen Türen hat man das Begehren von Chruschtschow, man möge sich von dem "hardgespannten Westdeutschland" trennen, ruhig angehört, um dann zu erklären: Die Bundesrepublik sei ein demokratischer Rechtsstaat und die Ostsee, soweit es Skandinavien betreffe, ein Friedensmeer; denn auch viele russische Kriegsschiffe seien mit Atomraketen ausgerüstet.

Man sollte in Bonn sehr aufmerksam die Sympathie des Lordens für die Bundesrepublik registrieren. Man sollte in Bonn begreifen, daß sich das europäische Geschehen eben nicht allein auf der Achse Bonn - Paris bewegt.

In Schweden hat es Demonstrationen gegen Chruschtschow gegeben. In diesem Land befinden sich die Exil-Organisationen von 20 000 Leten, Litauern und Esten, jener baltischen Staaten, die sich reinserzeit Stalins unter der Anwendung so vieler Unmenschlichkeiten einverleibte. Es war nicht einfach, Chruschtschow klar zu machen, daß man im freibildlichen Skandinavien derartige Organisationen nicht einfach verbieten oder ihnen Demonstrationen untersagen. Das große Polizeiaufgebot, welches Chruschtschow ständig abschätzen mußte, hatte nur die Aufgabe, diese Organisationen zu überwachen, für das Verbot ihrer Demonstrationen gab es jedoch keine rechtliche Handhabe. Vielleicht hat Chruschtschow daraus entnommen, daß die Freiheit des Bürgers und seine Meinung in Skandinavien sehr groß geschrieben werden.

Man hätte Chruschtschow gewünscht, seine Beamten hätten ihm nicht die schlechtesten Unterlagen zum Fall Paul Wallenberg mit nach Stockholm gegeben. Erlander gab jedenfalls nunmehr an zu verstehen, daß Schweden eine klare Lage wissen möchte, was aus seinem Diplomaten geworden ist. Wallenberg war Anfang 1945 in Budapest und hatte zuvor unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit für die Freilassung der ungarischen Juden aus den Händen der SS gekämpft. Als die Rote Armee damals in Budapest einmarschierte, wurde Wallenberg verhaftet. Er ist seitdem verschwunden und offenbar unter Stalin nach Sibirien verschleppt worden. Wenn auch Schweden und Rußland ein gutes nachbarliches Verhältnis über die Ostsee anstreben, das Schicksal von Wallenberg ist nun einmal so etwas wie ein nationales Symbol der Skandinavier geworden. Chruschtschow hätte gut daran getan, zu berichten, wo dieser Mann verblieb, noch besser wäre es gewesen, wenn er ihn lebendig in seinem Gefolge mit nach Stockholm gebracht hätte. + + +

Ein universelles Projekt

Die Sowjetunion interessiert sich für ein
internationales Nachrichtensystem künstlicher Satelliten

Von Pierre Simonitsch, Genf.

Dieser Tage fanden in Genf Besprechungen zwischen amerikanischen und sowjetischen Weltraumexperten über die Möglichkeit eines weltweiten Nachrichtensystems mittels künstlicher Satelliten statt. Die Einladung kam von amerikanischer Seite. Die Russen zeigten sich an dem Projekt sehr interessiert, vermieden es aber irgendwelche bindenden Zusagen zu machen.

Die ersten praktischen Experimente auf diesem vielversprechenden Gebiet gehen auf die frühen Tage der Administration Kennedys zurück. Im August 1962 ratifizierte der amerikanische Kongress den sogenannten "Communications Satellite Act", der die Regierung der Vereinigten Staaten ermächtigt, die Schaffung eines weltumfassenden Systems von Nachrichtensatelliten ins Auge zu fassen. Gleichzeitig wurde die "American Communications Satellite Corporation" (Comsat) ins Leben gerufen, an der die Regierung und private Unternehmen zu je 50 Prozent beteiligt sind.

Das Prinzip eines solchen Nachrichtensystems (Telefon, Telegraf und Fernsehen), das nach und nach die Kabelverbindungen ablösen soll, wurde bereits mit den verschiedenen Satelliten des Typs "Telstar" erprobt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge denken die Amerikaner an den Abschluß von drei Satelliten einer vorbereiteten Ausführung des Typs "Syncom-2". Um die Kapazität dieser Satelliten voll auszunützen und das Funktionieren des Systems zu garantieren, müßte ein die ganze Erde umspannendes Netz von Empfangs- und Sendestationen geschaffen werden - was natürlich auf eine Reihe politischer und finanzieller Hindernisse stößt. Anlässlich der Verhandlungen zwischen der Comsat und westeuropäischen Ländern in Rom und London, wurde bereits ein Text ausgearbeitet, der aber noch nicht die Formel eines Abkommens hat. Danach würde jedes Land für den Bau und den Unterhalt der auf seinem Territorium installierten Relaisstationen aufkommen und auch einen Beitrag an den Satelliten selbst leisten müssen. Eventuell können Leihverträge für die Installationen infrage.

Die Amerikaner wollen schon nächstes Jahr mit der Nachrichtenübermittlung per Satellit über den Atlantik beginnen (Programm "Early Bird"); 1966 soll der pazifische Ozean auf diese Weise überbrückt werden und man hofft, bis 1967 ein weltweites System zu gelangen. Deshalb wurden die ersten informativen Besprechungen mit der Sowjetunion dringlich.

Allerdings befindet sich das Fernmeldewesen in der Sowjetunion erst in seinem Anfangsstadium und der internationale Nachrichtenverkehr ist unbedeutend. Man fragte sich, welches Interesse die Russen haben könnten, sich an einem kostspieligen universellen Projekt zu beteiligen. Indem aber die Sowjetunion die amerikanische Einladung nach Genf angenommen hat, beweist sie, daß sie sich auch auf diesem Gebiet nicht überrunden lassen möchte.